

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer General-Verkehrsströmung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 30 Pfg., Ausstellungsgebühr 50 Pfg. Für Ruinone oder Placate an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung umbelehrt gelehrtener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10 — 20 M. das Raubend, zuzüglich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 29

Dienstag, den 8. März 1932

34. Jahrg.

Stener-Befanntmachung.

Nachstehende Steuern für den Monat März sind bis zum 15. d. Mts an die Stadtkassener, zu zahlen: die **Staatsgrundvermögenssteuer**, der **Gemeindefuhrschlag** hierzu, der **staatliche Zuschlag** und die **Sauszinssteuer**.

Für fällig gebliebene, nicht gekündete Steuern müssen für jeden angefangenen halben Monat 1 1/2 % Verzugszinsen berechnet werden.

Kernberg, den 7. März 1932.
Der Magistrat.

Betr.: Vorzugsumlage für das Jahr 1932.

Die **Heberolle** der landwirtschaftlichen Berufsangehörigen für die Provinz Sachsen mit Berechnung der Beitragszuschüsse für 1932 liegt vom 8. März 1932 bis 22. März 1932 zur Einsicht der Beteiligten in der Stadtkämmerei aus.

Einsprüche gegen die Beitragspflicht können innerhalb eines Monats nach Ablauf der Auslegung angebracht werden.

Kernberg, den 7. März 1932.
Der Magistrat.

Die Hilfe für Oesterreich.

Deutschlands Vorschläge. — Der größere Absatzmarkt. — Frankreichs Donaupläne.

Deutschland hat als erster Staat auf den Hilferuf geantwortet, mit dem sich Bundeskanzler Brüning vor fast vier Wochen an die Regierungen der europäischen Großmächte und der Nachbarländer wandte. Was man von den anderen Großmächten, vor allem von Frankreich gehört hat, sind bis jetzt ungenügende, in ihrer Durchführbarkeit ganz ungeklärte Projekte, bei denen es sich weniger um eine wirtschaftliche Hilfe für Oesterreich als um politische Machtpolitik handelt. Die österreichische Regierung hat schon im Jahre 1930, schon bei den Konflikten, die sich um den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion entwickelten, immer wieder erklärt, daß ihr nicht mehr Kredit und nicht mehr Provisoren helfen könnten, sondern daß ihre Wirtschaft einen größeren Absatzmarkt nötig hat, wenn sie auf die Dauer ohne Zuschüsse bestehen soll. Dieser Forderung trägt der deutsche Vorschlag in vollem Umfang Rechnung. Der Wälterbund hat dem Gedanken, Ländern mit übergroßer Produktionsüberschüsse zu erleichtern, selbst Rechnung getragen, wenn er für die Adhäsionspächter Getreideüberschüsse den Ausweg vorschlug, ihnen die Verwertung ihrer Produktion durch die Bewässerung von Vorzugszonen in den Getreideanbauländern zu ermöglichen. Der deutsche Vorschlag an die österreichische Regierung hält sich an diese Wälterbundspläne, erweitert sie aber von dem rein landwirtschaftlichen auch auf das industrielle Gebiet.

Tatsache ist, daß die österreichische Industrie für den inneren Absatzmarkt Oesterreichs zu groß ist, daß auch die österreichische Landwirtschaft vor dem Ruin steht, weil der innere Markt gerade durch die Beschäftigungslosigkeit der Industrie überfüllt ist und nicht erweitert werden kann, solange der Beschäftigungsgrad und die Verdienstmöglichkeiten der Bevölkerung nicht gesteigert werden. Infolge dessen kann Oesterreich nur geholfen werden durch eine Zusammenarbeit mit größeren Wirtschaftsgebieten wie Deutschland oder Italien. In den Vorschlägen, die die Finanzkommission des Wälterbundes der österreichischen Regierung gab, als das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion fallengelassen wurde, war denn auch die Empfehlung enthalten, das Wiener Kabinett möge Verhandlungen mit sämtlichen Nachbarstaaten über die Erleichterung des österreichischen Exports, über die Einschränkung der österreichischen Einfuhr aufnehmen. Daß Bundeskanzler Brüning vor vier Wochen den Delegationen der auswärtigen Mächte die Ansicht seiner Regierung, Einfuhrerhöhte zu erlassen, vorher mitteilte, war also die logische Folge jener Wälterbunds Empfehlung, und der deutsche Vorschlag nimmt ebenfalls diese Empfehlung wieder auf, wenn er der österreichischen Produktion Vorzugszölle auf sämtlichen überhaupt in Betracht kommenden Absatzmärkten verschaffen will.

Das französische Projekt für Oesterreich ist erst im März bekannt, aber schon die Änderungen, die der französische Ministerpräsident in der Kammer gemacht hat, zeigen, daß es sich wieder einmal um einen jener Pläne handelt, die ohne Rücksicht auf die natürlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas durch künstliche Konstruktionen den Verfall der Wirtschaft aufrechtzuerhalten und zu festigen suchen. Frankreich will einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der österreichischen Nachbargeländer, d. h. also Oesterreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens. Wirtschaftliche Gründe können für ein solches Projekt unmöglich angeführt werden. Sämtliche österreichischen Nachbargeländer haben eine gleichartige wirtschaftliche Struktur, sie sind sämtlich überbevölkerter für die gleichen Produkte. Wie man also der österreichischen Wirtschaft bessere Absatzmöglichkeiten verschaffen will, wenn man sie in engere Verbindung mit Staaten bringt, deren Wirtschaft überflüssig

an den gleichen Produkten leidet, ist schwer zu erkennen. Es ist bezeichnend, daß die tschechische Agrarpartei, die wichtigste Regierungspartei der Tschechoslowakei, sich mit Entschiedenheit gegen solche Pläne wehrt, weil sie davon eine Schädigung der ohnehin notleidenden tschechischen Landwirtschaft befürchtet. Auch in der österreichischen Wirtschaft wird man von dem französischen Projekt aus dem gleichen Grunde nicht begeistert sein. Sprechen also wirtschaftliche Gründe gegen den französischen Plan, so kann er nur aus der politischen Erwägung entspringen sein, daß eine wirtschaftliche Konföderation der Donauländer Oesterreich allmählich von der Linie der Zusammenarbeit mit Deutschland abziehen, seine Wirtschaft gegenüber den nationalen Wirtschaften der anderen Nachbargeländer weiter schwächen und den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands in Südosteuropa einschränken soll.

Aber ein solches unwirtschaftliches Projekt läßt sich nur verwirklichen, wenn man fremde Geldmittel zur Verfügung stellt. Frankreich hat seine Finanzkraft immer wieder zur Verwirklichung politischer Pläne benutzt, und auch in diesem Falle scheint der Gedanke eine Rolle zu spielen, daß man die widerstrebenden österreichischen Nachbargeländer vielleicht zu einem Zusammenschluß bewegen könnte, wenn man ihnen Kredite in Aussicht stellt. Ist dieser Gedankengang vom Standpunkt der bisherigen französischen Politik aus vielleicht zu verstehen, so bleibt es unerklärlich, daß sich neuerdings auch England für den Plan der wirtschaftlichen Konföderation einsetzt. Der französische Vorschlag macht weder Oesterreich noch die anderen Nachbargeländer wirtschaftlich unabhängig, er würde sie im Gegenteil gerade unter die Abhängigkeit des ausländischen, d. h. in diesem Falle des französischen Kredits bringen. Projekte, die nur mit Hilfe fremder Kredite und fremder Zuschüsse durchzuführen sind, können aber keine Dauer haben, sondern sie bringen nach den zahlreichen Provisorien, mit denen man vorgeblich an Oesterreich herumexperimentiert hat, ein neues Desasterium. Der Weg zur Stärkung der österreichischen Wirtschaftslage geht über den Wälterbund, und der Wälterbund wird die geeignete Stelle sein, an der man die Argumente gegen die unwirtschaftlichen französischen Machtpläne und für die deutschen Vorschläge diskutieren kann.

Groener an Hitler.

Die Antwort auf den Brief an Hindenburg.
Berlin, 6. März.

Reichsminister Dr. Groener hat an den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, folgenden offenen Brief geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Hitler! Sie haben am Sonntag, den 28. Februar 1932, Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände der Adressaten gelangt ist.

Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes gebietet, die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an meine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienlich ist.

Sie erwarten vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß er mit Rücksicht auf seine persönliche Kandidatur die ihm als Reichspräsident gegebenen Rechte zur Anwendung bringen sollte. Ihr Appell an die „Prinzipien der Ritterlichkeit“, den Sie damit verbinden, veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Verlauf, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewundernswürdiges Zeugnis seines Bemühens um objektive Amtsführung abgelegt hat, in Gewissenhaftigkeit zwischen Amtspflicht und persönlicher Popularität zu bringen, meinem Empfinden von Ritterlichkeit widerspricht.

Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergegangen wäre.

Als Reichsinnenminister bin ich für die Sicherung der Wahlfreiheit verantwortlich. Wahlfreiheit bedeutet die Gleichheit gegenüber der Bevölkerung, durch Terror und Zwang eine Wahlbeeinflussung auszuüben.

Wahlfreiheit bedeutet aber nicht einen Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf.

Sie rufen den Schutz des Reichspräsidenten an gegen Teile des Wahlaufsatzes der SPD., in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne.

Vergleichen Sie diese dunklen Prophezeiungen mit den Aufrechten und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über Ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen.

Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unredlich erscheinenden Befürchtungen zu wehren.

Mordanschlag in Moskau.

Auf den Vorkämpfer bei der Deutschen Botschaft in Moskau, von Zwardowski, wurde ein Anschlag verübt. Zwardowski wurde durch einen Streifschuss am Hals und durch einen Stechstoß an der Hand verletzt. Im ganzen wurden auf den Vorkämpfer vier Schüsse abgegeben. Sein Verbleiben ist den Umständen nach befriedigend. Bei dem Täter handelt es sich offenbar um einen sowjetrussischen Staatsangehörigen. Er wurde verhaftet. Die Beweggründe für die Tat konnten noch nicht festgestellt werden. Der Anschlag wurde auf der Straße verübt. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow sprach dem deutschen Botschafter von Birken sein Bedauern aus und forderte strengste und schnellste Untersuchung zu. Weiterhin hat der russische Botschafter in Berlin, Chinsch, dem Staatssekretär von Bülow gleichfalls das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht.

nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung ihrer politischen Ziele.

um damit die erste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.

Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, daß der Wahlkampf auch gegen Ihre Person richtet geführt werde. Ich äußere deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgelegten Beschuldigung der österreichischen Behörden in Verbindung mit der Behauptung, Sie seien österreichischer Deputierter gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Ich stelle auch mit Berücksichtigung der Abgabe des Dr. Groeners in einem an mich gerichteten Briefe von der Wälterbund eine Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten durch seine Verurteilung im Reichstag mit abgerückt ist.

Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagsung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe. Ich bedauere, daß Dr. Groeners nicht die erste Gelegenheit dazu benutzt hat, aus freiem Antrieb eine Erklärung abzugeben, die unter dem Ausdruck des Bedauerns seine Worte zurücknimmt, und die mich der Pflicht zu meiner Erklärung im Reichstag enttoben hätte.

Abgelesen von diesem Einzelfall muß ich doch feststellen, daß in der von Ihnen betriebenen Propaganda die unangenehme Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg immer wieder durch eine völlig entstellte Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabgezogen verurteilt wird. Ich will den Fall nicht öffentlich aufgreifen, der für sich zur Befehlsgabe einer von Ihnen herausgegebenen illustrierten Zeitschrift führen mußte. Aber ich bin es dem Mann, der mit seiner Kandidatur ein tieferührendes persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen:

Hindenburg ist nicht „der Kandidat Crippens“, ich nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen Volksgenossen in anderen Ländern.

Es widerspricht den Gesinnungen deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der politischen Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird. Aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, nicht schweigend vor der Person des amtierenden Reichspräsidenten zu treten, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.

Stadtrandfiedlung abgelehnt.

Großzügige Umfiedlung nach dem Osten geordert.
Düsselb., 6. März.

Der Langmann-Verein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und im Westfalen) hat auf Grund eines Beschlusses seines bawirtschaftlichen Ausschusses eine Eingabe an den Reichsanwalt gerichtet, in der auf die gegenwärtigen und zukünftigen bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitischen Aufgaben besonders im Industriegebiet hingewiesen wird, denen mit den üblichen Maßnahmen nicht mehr bezukommen ist.

Die sogenannte Stadtrandfiedlung wird als unvorteilhafte Fiedlung bezeichnet, die überdies als auf weite Sicht recht bedenklich angesehen werden muß, da damit zu rechnen sei, daß ein großer Teil der heute Arbeitslosen von der heimatschwandigen Wirtschaft überhaupt nicht

mehr angenommen werden könne. Den wirklich nur zeitweilig Arbeitslosen und den Kurzarbeitern sei mit Dagh-lung, das sie von ihrer Stadtwirtschaft aus bearbeiten könnten, auf die Dauer besser gedient als mit einer räumlichen Trennung von ihren Arbeitsstätten, wie sie die Stadtrand-siedlung mit sich bringe. Im übrigen müßten andere Wege der Siedlung gefunden werden.

Da in den Anbaufragen, namentlich im Rheinland und in Westfalen, gar nicht genug Land für die Vielzahl der Arbeitslosen vorhanden sei, fordern die Experten, daß ein ihre Umwidmung nach Gär- und Viehwirtschaft. Es fehlt dabei die Einzelriedlung auf zerstreut liegenden Hof-stellen ab, da sie weder in wirtschaftlicher noch in technischer noch in menschlicher Hinsicht befriedigen könne.

Milderung des Versammlungsverbots

Eine Verfügung des preussischen Innenministers.
Berlin, 5. März.

Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichs-präsidenten ermächtigt der preussische Minister des Innern die Regierungspräsidenten in Anwendung des von der Anord-nung vom 31. Oktober 1931 auch für politische Versammlun-gen und Umzüge unter freiem Himmel auf höchstens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge bis zum 12. März 1932 einschlägige Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungezwungene Ablauf der Veranstaltung ge-währleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Ab-haltung der Veranstaltung nicht bestehen.

Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Or-ganisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit nicht gefährdet ist, daß die Versammlungen sich räumlich in keiner Weise berühren. Die Anordnung ist mit dem Tage der Verkündung, am 4. März, in Kraft getreten.

Die gespannte Lage in Finnland

Welches ist die wahre Stimmung im Lande?

Helsingfors, 5. März.

Die Nachrichten über das vollständige Zusammenbrechen des Rappo-Rußischen erscheinen ebenfalls vertriebt. Die Stadt Jyväskylä befindet sich nach Angaben der finnischen Telegraphen-Agentur in den Händen der Rappoisten. Die Mann haben dort die Post, Telegraphen und Bahnstation besetzt. Die fortschrittliche Zeitung von Jyväskylä wurde von den Rappoisten sistiert, das konservative Blatt von ihnen übernommen und als Rappo-Organ weiter geführt. Auch kam es dort zu Zusammenstößen zwischen regierungstreuen Einwohnern, die eine Verarmung abzielten, und Rappoisten in Schutztruppen-Uniform, die die Verarmung sprengen wollten.

Bezeichnend für die Lage in Finnland ist es, daß nach Angaben des Landesgenossenschafts von Himmelinla die Füh-der der Rappobewegung sich anheiden völlig offen und frei, ohne eine Verhüllung zu suchen, im Lande bewegen. Man gewinnt überhaupt in Helsingfors nur ein schwaches Bild von der wirklichen Stimmung im Lande, da alle Nach-richtsmittel von der Regierung gesperrt sind.

Kein Ausgleich der Bewaffnung

Tardieu verbietet jeder Nation die Aufrüstung.

Paris, 6. März.

Nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Ministerpräsident Lardieu äußerte sich vor dem Auswärtigen Ausschuss über die außenpolitische Lage. Der französische Heereshaushalt für 1932 weise eine Herabsetzung um 13 v. H. gegenüber dem ursprünglichen Programm auf. Frankreich habe also keinen Abrüstungswillen bestehen. Wenn andere Nationen sich ebenfalls mit Frankreichs bereit-erklären, an der Schaffung einer internationalen Armee mitzuwirken und Material und Truppen zur Verfügung zu stellen, so würde die französische Regierung neue Rüstungs-einsparungen prüfen für den Fall, daß die Völkerverbände eine Erhöhung der Sicherheit auf dem Wege der gegenseitigen Unterfertigung gewährleisten.

Frankreich könne keine Rüstungseinsparung ohne die Organisation des Friedens. Es werde weder einer allge-meinen Abrüstung zustimmen noch einen Ausgleich der schwa-chen Bewaffnung annehmen, die geradezu eine Prämie auf den Betrag sowohl hinsichtlich der Anzahl wie des „Kriegspotentials“ darstellen würde.

Die Abrüstungskonferenz werde zwischen den verschiede-

nen Systemen zu wählen haben, von denen das eine sich auf den Völkerverbund stütze, das andere nicht im Zusam-menhang mit diesem Rat stehe und wieder andere ihm zu-widerläufigen. Die französischen Theorien würden, soweit sie sich hierauf bezögen, im Laufe der Woche öffentlich dar-gelegt werden.

Auf eine Frage des Abgeordneten de Bergerie erklärte der Ministerpräsident, daß niemals, ganz gleich unter welchen Umständen oder Umständen, von der Wieder-aufstellung irgendeines Sendes die Rede sein könne. Lardieu äußerte sich schließlich noch über den chine-sisch-japanischen Konflikt und legte die Haltung Frankreichs dar. Er streifte ebenfalls die finanzielle Hilfe, die die französische Regierung der tschechoslowakischen Regierung angedeihen lassen wolle. Frankreich habe alle Ursache, so betonte er, einem vernünftigen Staat zu helfen, um so mehr als dieser Staat den Grundpfeiler für die Stabilität in Mitteleuropa darstelle.

Tardieu's Liebling

Die Aufgaben der tschechoslowakischen in Mitteleuropa.

Paris, 6. März.

Die französische Kammer hat sich mit der 600-Millionen-Anleihe für die tschechoslowakische Beschäftigung und nach längerer Aussprache den am 3. März in Paris abgeschlossenen Ver-trag zwischen der französischen und der tschechoslowakischen Regierung mit 325 gegen 20 Stimmen angenommen.

Tardieu unterrichtete, daß der tschechoslowakische Staat seit seiner Gründung ein Muster der Finanzpolitik gemeint sei. In letzter Zeit hätten sich die finanziellen Verhältnisse allerdings verschlechtert, da die tschechoslowakische wegen ihrer Haltung in der Aufschuldrange Zwangsmaßnahmen ausgeübt gewesen sei. Frankreich habe alle Garantien, daß keine In-dustrie durch die Anleihe keine Beeinträchtigung erfahren werde. Es gebe wenige Länder, die Frankreich so zu schätzen verpflichtet sei wie die tschechoslowakische. Dieses Land sei die treibende Kraft der kleinen Entente und habe Frankreich in Genf stets unterstützt. Ebenfalls diene die tschechoslowakische als Grundlage für eine bessere Organisation Zentraleuropas.

Die Japaner greifen weiter an

Erregte Aussprache in Genf.

Genf, 4. März.

In der außerordentlichen Völkerverammlung des Völ-kerbundes kam es am Freitag bei der weiteren Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes zu einer erregten Aus-sprache. Der Vorsitz führte der belgische Außenminister Symons, der mitteilte, daß die widersprechenden Nach-richten über die Einstellung der Feindseligkeiten im Gebiet von Schanghai einen außerordentlich peinlichen Eindruck her-vorgerufen hätten.

Der japanische Botschafter Sato erklärte, daß auf Befehl des japanischen Truppenkommandos grundsätzlich die Feindseligkeiten eingestellt seien, jedoch infolge chine-sischer Angriffe „ein Vorbehalt“ festzulegen hätten, die ohne erhebliche Bedeutung seien.

Der chinesische Gesandte Yen trat den Ausführungen des Botschafters scharf entgegen und warnte den Völker-bund sich durch die Erklärungen des japanischen Vertreters täuschen zu lassen. Nach solchen erhaltenen Telegrammen sei die japanische Armee weiter im Vormarsch begriffen. Am Freitagnachmittag hätten acht japanische Transpor-tschiffe 35 000 Mann mit Leuten und Artillerie in der Nähe von Schanghai gelandet. Ein großer Kampf sei im Gange. Die außerordentliche Völkerverammlung des Völkerverbundes müsse jetzt auf die tatsächliche Einstellung der Feindselig-keiten dringen.

Die Mitteilungen des chinesischen Gesandten erregen großes Aufsehen. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Englands verlangen sofortige Klärung der Lage. Der Prä-sident der Völkerverammlung, Hymans, sagte die mehrstün-dige Aussprache dahin zusammen, daß jetzt vor allem die sofor-tige Einstellung der Feindseligkeiten erreicht werden müsse.

Nach mehrstündiger Beratung des Präsidiums nahm die Völkerverammlung des Völkerverbundes in namentlicher Abstimmung einstimmig eine Entschloßung des Präsidiums an, in der von der japanischen und chinesischen Regierung sofortige Maßnahmen zur Durchführung der Einstellung der Feindseligkeiten gefordert werden.

Wis Breslau fuhr Ilse in Gesellschaft der Gräfin und der Kinder, und das heißt sie von ihrer letzten Ge-burten ab. Als aber der Zug in Breslau eintraf, als sie zum letztenmal Ostis Hand in die „Iren hielt, da mußte sie alle Selbstbeherrschung aufheben, um vor Weh nicht laut aufzuschreien. Ostis war nicht belohnt traurig, sie ahnte ja nicht, daß sie die geliebte Erzieherin nicht mehr wiedersehen sollte.

Wie durch einen Schleier sah Ilse, daß die Gräfin von einer eleganten Dame, die von einem herrschaftlichen Diener begleitet war, empfangen wurde, dann legte sich der Zug in Bewegung, und damit verschwand das letzte, was sie noch mit Zworrau verband.

15. Kapitel

Sechs Wochen war Ilse wieder daheim, im alten, lieben Berlin, in den alten, lieben Räumen der Villa, bei Mutter und Großmutter, und sie gedachte, es niemals mehr zu verlassen.

Viele Aufregungen, viel Schmerz hatte diese Zeit für sie gebracht, aber nun war das Schwerkste überwan-den. Aus dem harten Kampfe war eine neue, oder vielmehr die alte, willensstarke Ilse wieder entstanden. Sie hatte alles von sich abgestreift, was ihrer Ruhe und ihrem Seelenfrieden hinderlich war, sie hatte mit allen Einrichtungen an die heißen Kämpfe in ihrem Innern aufgeräumt und Hand nun ruhend und gelübt da wie einst und neuen Zielen zutrebend. Es war ihr gelungen, eine Stellung als Bibliothekarin bei der Geo-graphischen Gesellschaft zu erlangen. Seit dem ersten Mo-natember besiedelte sie dieses Amt und es erfüllte sie mit wahrer innerer Befriedigung; konnte sie doch aus den mannigfachen Büchern neue Weisheit schöpfen, ihr Wissen und Können bereichern. Nur wenn sie auf archaische Bücher stieß, legte sie sie wolle durch nichts mehr an den Kampf „Die Welt — die Welt“ erinnert werden.

An die Gräfin hatte sie bald zu Anfang ihres Auf-enthaltes in Berlin geschrieben und sie gebeten, sie ihres Kontaktes zu entbinden. Gemüßte Umstände und Ver-

Immer noch Kämpfe bei Schanghai.

Erfolge der Truppen des Generals Feng.

Schanghai, 6. März.

Während das japanische Hauptquartier die Meldung ausgab, daß seit dem japanischen Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten keinerlei Kämpfe mehr stattgefunden haben, berichtet das chinesische Hauptquartier weiter von militä-rischen Operationen der Japaner.

Diese, durch ungeladene Truppen verstärkt, versuchten weiter, die fünf Plätze der Chinesen zu umgeben, und da-durch die chinesische Verteidigungslinie zu zerbrechen. Die Chinesen melten die Wiedereinnahme der Stadt Chu, die vor zwei Tagen von den Japanern besetzt worden war. Die Einnahme sei durch die Auftritte des neu einge-triffenen chinesischen Generals Fung durchgeführt worden, der auch die Japaner aus ihrem Hauptquartier in Sching vertrieben habe.

Die Kuomintang gegen den Rückzug

In Jowang kam es zu äußerst fürmlichen Szenen bei einer Sitzung des Vollzugsausschusses der Kuomintang. Die Mehrheit der Mitglieder zeigte sich über den chinesischen Rückzug und die Aufgabe ihres Vaterlandes sehr erregt. Die Regierung wurde hart angegriffen und von ihrer Er-klärung über das plötzliche Nachgeben gefordert. Viele Mitglieder traten für eine Wiederaufnahme des Wider-standes ein und wiesen auf die Landung von neuen japani-schen Truppen hin.

China will die Mandchurie zurückerobern.

Die chinesische amtliche Agentur zum ersten mal, daß die chinesische Regierung jetzt ein Heer von 200 000 Mann, zur Befreiung der Mandchurie aufstellen wolle. Das Haupt-quartier wird sich in Peking befinden.

Kriegsbegeisterung in Schanghai.

Zu aufbeherregenden Szenen kam es in Schanghai, als Tausende von Chinesen in langem Zuge durch die Straßen der Stadt marschierten und ungeheürliche Mengen von Früchten, Kaffeebohnen und anderem Feuerwerk mit-schleiften, das sie von Neugierstaren her, an dem alle Feindseligkeiten verboten waren, aufgeparkt hatten. Es entwickelte sich ein ungeheurer Lärm und ein dichter Qualm. Die Bevölkerung in der internationalen und in der französischen Nieder-lafung glaubte, daß in dem Stadtteil Nantao, wo sich noch 2000 chinesische Polizisten befinden, neue Kämpfe ausgebro-chen seien. Die ganze Stadt geriet in Aufregung. Alle Leute strömten auf die Straßen, und nach jeder Ver-änderung von den Kundgebungsplätzen räumten halbnaakte Chinesen mit großen Flaggen umher, auf denen von einem großen chinesischen Sieg, der Vernichtung von 10 000 Japanern und dem Tod des Generals Schirofawa berichtet wurde. Als die Ankunft von 20 000 chinesischen Bekämpfungstruppen unter der Führung Generals Fung ausgerufen wurde, brach die Menge in Beifallsrufe aus.

Die chinesischen Kundgebungen nahmen in den Abend-stunden in Schanghai immer größere Ausmaße an. Auch im Ausland wurde von überwältigenden chinesischen Siegen gesprochen. Die Chinesen behaupten, die Umzüge ver-anlaßt zu haben, um die Aufmerksamkeit der Japaner zu zerstreuen und eine Rückkehr der 19. japanischen Armee nach Schanghai zu ermöglichen. Auch in Hongkong, Kan-king, Peking und anderen Städten fanden ähnliche Kund-gebungen statt.

In einer Kundgebung der NSDAP sprach in der Tonhalle in Düsseldorf der Reichspräsident und Führer der Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels. Er führte u. a. aus: Das deutsche Volk sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß, solange unter dem November 1918 kein Friede geschlossen werde, es keinen Frieden geben könne. Das System habe 13 Jahre von der Substanz gelebt. Jetzt sei es aufge-bracht. Die Außenpolitik Brünings sei zur Erfolglosigkeit verurteilt, weil er nicht im Namen des deutschen Volkes gesprochen habe. Die Kampfzeiten werden vorgerückt, weil jeder wisse, daß er der Mann zum Gelingen sei. Die national-sozialistische Bewegung als Dolmetscher des Volkes habe bei den Verhandlungen über die Präzedenzfrage keinen Zweifel daran gelassen, daß am 13. März das System gestürzt werden müsse, entweder mit Hindenburg, oder ohne Hindenburg, oder aber auch gegen ihn. Wenn sich Hindenburg wieder wählen lassen wolle, müsse er sich gefallen lassen, daß die freien Wahlen seines Präsidentenamt niedriger werden. Das sei keine Kritik an dem Sieger von Tannenberg sondern an dem Reichspräsidenten von Hin-den-burg.

ILSE RÖMER

Roman von Elisabeth Rochardt

74. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber nur ein dumpfer Schmerzlaut entrang sich ihrer Brust. Ihr wurde so langsam zu Mute, so stark und kalt, wie einer Toten; ein prickelndes Gefühl rann durch ihre Glieder — die Sinne fingen an zu schwinden, und taftend griff sie nach einer Stütze. Aber sie bis die Zähne auf die Lippen, daß sie Bitterkeit, sie kramte sie Hände ineinander, daß sie kämerten. Nur nicht dem Ohnmachts-gefühl nachgeben, nur nicht schwach werden. — Und ihre starke Natur siegte. Langsam aber sicher ging sie dem Schloße zu.

Am nächsten Morgen, früh um acht Uhr, stand der elegante Landauer vor dem Schloßportal. Der Wagen mit dem Gepäck war schon vorausgefahren. Bald trat denn auch die Gräfin, von den Kindern, Ilse und einigen Dienern begleitet, heraus. Die Gräfin nahm mit Gebärden Vorbehalt während Ostis und Ilse rückwärts saßen. Ein leiser Pfiff des Kutschers, die Pferde zogen an, und fort rollte der Wagen.

Einen langen, ernsten Blick warf Ilse auf das Schloß, das sie nicht mehr wiedersehen wollte. Es barg das Weibliche und sie befah, den Geliebten, von dem sie ohne Abschied und für immer schied. Etwas Seltsames, Nalles hing in ihren Augen auf, aber sie zwang den Schmerz nieder. Was sollte die Gräfin, die mit so ernstem, un-be-wegtem Gesicht ihr gegenüber saß, denken, und was die Kinder? Nur Ostis würde sie wohl verstanden haben, wenn sie ihren Namen genannt hätte.

Denelben Weg, den sie einst schmerzlichen Herzens allein zu Fuß gewandert war, fuhr jetzt der Wagen, aber in ent-gegengesetzter Richtung. Wenn sie damals geahnt hätte, was ihr in den Mauern Zworraus wartete, sie wäre noch auf altem Wege wieder umgekehrt.

mdaensereuerungen wängten sie, in Berlin zu blei-ben. Sie dachte ihr für alle ermindere Güte, sie hat, ihr zu verzehren, und ließ die Kinder herzlich erüben. Bedenken für Ostis hätte sie noch einige liebe Worte hinzugesagt.

Schon wenige Tage darauf kam ein Antwort von Ostis, in der diese schmerzlich ihren Entschluß bekräftigte. „Kommen Sie wieder, Fräulein Römer, ich mag nicht mehr nach Zworrau zurück, wenn Sie sich da find; ich habe Sie so schrecklich lieb und kann ohne Sie nicht leben.“

Die Klage rührte Ilse bis zu Tränen, und sie schrieb auf Ostis brennenden Wunsch noch einmal an sie, zum letztenmal, denn bald sollte etwas eintreffen, was einen Briefwechsel für die Folge unmöglich machte.

Doch Ilse dieses bestimmte Etwas in Frage kam, hatte Ilse Aufregungen von viel schmerzlicher Art durch-zumachen.

Sie hatte mit ihrem kranken Herzen zugehört, allein mit ihr Liebe und ihren Sorgen fertig werden zu können, sie wollte nicht der Mutter Schmerz, auch wenn verurteilt, obgleich es sie mit allen Kräften zu einer Ausstrache drängte.

Diese Ausstrache wurde demnach bald herbeigeführt, und zwar durch ihre auffallende Kundgebung, nicht mehr nach Zworrau zurücktreten zu wollen. Das mußte die Mutter befremden, da Ilse stets gelächelt hatte, daß sie sich dort glücklich fühlte. Auf eine davon bezügliche Frage sagte Ilse der Mutter alles auseinander. Sie sprach von ihrem Kampfen und Ringen und schloß mit dem kühnen Geständnis ihrer Liebe zum Grafen Konrad Elmar.

Frau Römer war über dieses Geständnis so entsetzt und erregt, daß Ilse schon bereute, es ihr gemacht zu haben.

(Fortsetzung folgt.)



Zusammenbruch der Handelsbank.

Selbstmord eines Mitglieds des Aufsichtsrats?

Berlin, 5. März.

Banquier Walter Brann, der zweite Aufsichtsratsvorsitzende der zusammengebrochenen Handelsbank A.-G., ist plötzlich verstorben. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt, da die Todesursache nicht einwandfrei geklärt werden konnte. Die Obduktion der Leiche wird die Todesursache zu klären versuchen.

Der Zusammenbruch der Handelsbank A.-G. beschäftigt bereits die Strafbehörden. Amlich ist mitgeteilt worden, daß die Bank sich zum Teil auf Geschäftsgebiete bezogen hat, die ihrem eigentlichen Zweck nicht entsprechen. Es sollen erhebliche Verluste bei vielen Geschäften entstanden sein.

Im Jahre 1920 ist die Handelsbank A.-G. aus der 1893 gegründeten Berliner Woll-Kammfischerei- und Wollschleiferei hervorgegangen. Ihre Hauptaufgabe war die Handel- und Gewerbetreibenden in der Nahrungsmittelbranche und in den mit dem Fleischerhandwerk verwandten Berufen zu fördern. Die Direktion behauptet, daß der Zusammenbruch darauf zurückzuführen sei, daß die Kunden seit dem 13. Juli vorigen Jahres etwa 19 Millionen RM abgehoben haben. Insgesamt sind von der Zahlungseinstellung 1886 Berliner Fleischer betroffen worden, die Einlagen bei der Bank hatten.

Zusammenbruch eines Darlehenskassenvereins.

Schwerin, 6. März.

Das Vergleichsverfahren ist über den Darlehenskassenverein Bad Kleinen bei Schwerin eröffnet worden. Die Schulden betragen 97 000 RM, die durch die laufenden Kosten noch wesentlich erhöht werden. Hauptgläubiger ist die Hauptgenossenschaft Raffinerien in Rostock mit ungefähr 62 000 RM. Die von der schlechten Wirtschaftslage ohnehin schwer betroffenen Raffinerien der Orie Bad Kleinen, Jochenrieden und Ullingehd ist zum großen Teile in diese Angelegenheit verwickelt. Das Eigenartige ist, daß ein sehr großer Teil der Mitglieder der Genossenschaft leinzeitig nur deshalb der Genossenschaft beigetreten ist, um Briefen zu beziehen, da sich damals kein Geld bei der dortigen Gegend mit diesem Namen besaß. Diese Mitglieder haben niemals den Kredit der Genossenschaft in Anspruch genommen oder überhaupt in Anspruch nehmen wollen und hatten nun mit ihrem ganzen Vermögen dafür, daß sie Kosten bezogen und diese sofort bar bezahlt haben.

Zittauer Stadttheater in Flammen.

Das ganze Gebäude ausgebrannt.

Zittau, 5. März.

Ein Brand, der sich rasch ausbreitete, brach im Zittauer Stadttheater aus. Das Stadttheater brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Entfesselungssache des Brandes ist noch unerforscht.

Der Brand wurde erst bemerkt, als bereits die Flammen aus dem Dachstuhl schlugen. Als die Feuerwehr eintraf, war bereits ein großer Teil des Dachstuhls niedergebrannt. Die Feuerwehren mußten sich auf die Rettung der schwer bedrohten Nebengebäude beschränken, da harter Wind einen wahren Feueregen heraufschickte. Unter großen Anstrengungen gelang es jedoch, das Feuer auf seinen Fortschritt zu beschränken. Gegen 3 Uhr, etwa 50 Minuten nachdem der Brand bemerkt worden war, bildete das Theatergebäude ein einziges Flammenmeer. Einige Schaulustiger konnten mit Unterstützung von hilfsbereiten Zittauer Einwohnern und Feuerwehrleuten ihre Garderobe retten. Die Inneneinrichtung des Theaters ist völlig vernichtet. Gegen 5 Uhr früh war das Gebäude nahezu völlig ausgebrannt. Nur die Umfassungsmauern stehen noch.

Das große Los heraus.

Berlin, 5. März.

In der Freitag-Nachmittagsziehung zur fünften Klasse der Preussisch-Schleidenen Klassenlotterie wurde das Große Los mit zweimal 500 000 Reichsmark mit der Nummer 201 785 gezogen. Das Los ist nicht nach Berlin gefallen. Es wird vielmehr in der ersten Abteilung in Sachsen auf Wertlose geteilt und in der zweiten Abteilung auf Wertlose abgeteilt. Die Million Mark wird also unter zwölf Menschen aufgeteilt.

Deutsche Tageschau.

Vor dem Lichtstrel?

Das Reichsgericht des selbständigen Mittelalters hat in Berlin einen Aktionsbescheid unter Verweis des Präsidenten Kodel eingeholt, der den Auftrag und die Vollmacht bekommen hat, notwendigermaßen den Termin des Lichtstrel zu bestimmen. Vorher soll jedoch versucht werden, eine Senkung der öffentlichen Tarife im Verhandlungswege zu erreichen.

Keine Entlassung Winters aus dem Gefängnis.

Der als Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl auftretende Betriebsrat Oskar Winter verbleibt zurzeit in Baugeln ein Jahr drei Monate Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges. Der für Winter werdende Wahlaustrich hat gegeben. Winter für den Wahlkampf aus der Straftat zu beurlauben. Das sächsische Justizministerium hat diesen Antrag nicht zu bewilligen vernocht. Zu einer Stellungnahme lag um so weniger Veranlassung vor, als hiergegen auch das Reichsministerium des Innern keine Bedenken aus wahrheitsvollen Gründen erhoben hat.

Am die Immunität Balmanns.

Zu dem Beschluß des Geschäftsausschusses der Hamburger Bürgerwehr, der der Bürgerwehr mit 7 gegen 6 Stimmen die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten und Reichspräsidentenwahlkandidaten Balmann empfohlen hatte, ist noch ergänzend zu berichten, daß noch nicht bekannt ist, in welcher Sitzung der Bürgerwehr diese Angelegenheit zur Sprache kommen wird, da der Reichspräsidentenwahl eine Tagung nicht mehr stattfindet. Aber selbst wenn die Bürgerwehr der Empfehlung des Geschäftsausschusses zustimmen sollte, würde Balmann als Reichstagsabgeordneter im Besitz der Immunität bleiben.

Reichstagsabgeordneter aus dem DSt. ausgeschloffen.

Wie der DSt. mitteilt, ist der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Forster wegen obfänger Leuzungen über die Reichspräsidentenwahlkandidatur Hindenburg in der Danziger Zeitung „Der Borporien“ vom DSt., in dem er als Geschäftsführer für die Danziger Ortsgruppe angelegt war, freilich seines Amtes entzogen und als Mitglied getilgt worden.

Aus der Heimat und dem Reich.

Nürnberg, den 7. März 1932

Weiterhelsen!

Auch die Wohlfahrtsvereine haben sich auf den neuen Reichstag umgestellt und tragen als Nebenamt die neuen Reichstagsmitglieder 6 plus 4 und 12 plus 3 Rfg. Verkaufswert 10 und 15 Rfg. Wegen der nur zweimonatigen Betriebsdauer (bis 31. März 1932) dürfen diese Marken von Sammlern besonders geschätzt sein. Daneben haben die alten Wohlfahrtsvereine ihre volle postale Gültigkeit behalten und sind — erst durch Ergänzung mittels anderer Postmarken — auch weiterhin verwendbar bis zum 31. August 1932. In den früheren Wintermonaten ist die Post häufig gestiegen und alle Mittel zur Hilfe sind außer Acht beachtet worden. Mehr denn je ist jetzt die freiwillig-befehende Tat jedes einzelnen notwendig. Ein Ergänzung der öffentlichen Fürsorge konnte durch den Wohlfahrtsvertrag der Marken oft die sofortige Hilfe gebracht werden. Viele kleine Spenden haben das Hilfswerk getragen, und auch heute noch ist es meistens Kreisen ohne fühlbare Opfer möglich, zur Verringerung der großen Marktschwächen durch Verwendung der Wohlfahrtsmarken. Wie bisher, können die Marken bei den bekannten Wohlfahrtsstellen und allen Postämtern bezogen werden.

— Aus dem Ausland eingehende Reichsmarknoten. Im Härten gegenüber rechtmäßigen Inhabern von Reichsmarknoten, insbesondere im Ausland reisenden Deutschen, zu vermeiden, ist bestimmt worden, daß Kreditinstituten und Reisebüros im Ausland und im Saargebiet bis zum 31. März dieses Jahres die an inländisches Kreditinstitut eingehenden Reichsmarknoten mit Genehmigung der Dienstbehördenstellen auf freies Konto gutgeschrieben werden können, wenn die Reichsmarktbeträge nachweislich aus Umwechslung stammen, die für jede Person nicht mehr als 200 Mark betragen.

— Ermäßigung der Rollführgebühren. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bahngesellschaft, G. m. b. H., Berlin, sind vom 1. März 1932 an die bahnmännlichen Rollführgebühren wesentlich vermindert. Die Gebühren des örtlichen Rollführdienstes werden künftig ohne Rücksicht auf die in der Rollfuhr zurückzulegenden Wegstrecken lediglich nach Gewicht und nach Städtigkeit und Wegentladung gesteuert. Die Aussetzung nach Gewicht und nach Städtigkeit sowie nach Zonen entfällt. Die bisherigen Gebühren werden mitunter bis zu 55 v. H. herabgesetzt. Auch die Rollführgebühren für Expressgut werden bedeutend ermäßigt.

* Um Erholungs- und Verkehrsreisen zu erleichtern, hat die Deutsche Reichsbahn für Ostern 1932 sogenannte Festtagsrückfahrkarten eingeführt. Dieselben gelten zur Hin- und Rückfahrt von 23.3.32 ab 0.00 (norm.) an allen Tagen des 28.3.32 nachts 24 Uhr zur Rückfahrt vom 24.3.32 ab 12 Uhr an allen Tagen bis 4.4.32 nachts 24 Uhr. Die Rückfahrt muß also in der Nacht vom 4. zum 5. April 32 spätestens 24 Uhr beendet sein. Die Ausgabe dieser Festtagsrückfahrkarten geschieht nach allen Stationen der Deutschen Reichsbahn zum Preise der Sonntagsrückfahrkarten (33 1/2 % Ermäßigung) wegen des zu erwartenden großen Andranges müssen Karten, welche erst geschrieben werden, spätestens 2 Tage vor Reiseantritt gelöst oder bestellt werden. Die Benutzung von FFD, FD, D und G-Gütern ist für Festtags- (Sonntags-) Rückfahrkarten gegen Zahlung des Zuschlages zugelassen. Der Bahnhof Vergem hat festtagsdruckte Festtagsrückfahrkarten nach folgenden Stationen vorrätig: Berlin, Zittau, Wittenberg, GutsMuths, Halle, Leipzig, Raditz, Wittenberg. Diese Karten brauchen erst mit Reiseantritt gelöst werden. Auch die Festtagsrückfahrkarten gelten ebenfalls bereits vom 23.3.32. Karten, die in der Zeit vom 23.3. bis 28.3.32 gelöst werden, können zur Rückfahrt bis zum 4.4.32 nachts 24 Uhr benutzt werden. Für diese Zeit ist auch die Güterzugsgrenze von 20 km aufgehoben. Reisende, die im Besitz einer Abreiserückfahrkarte für mindestens 76 km sind, können gegen Zahlung des betr. Zuschlages, Schnell- und Güterzüge gegen Aufpreis benutzen.

* Bei der Schweinehaltung am 1. März wurden in unserer Stadt 4 Zuchtschweine, 318 Schlachtschweine, 511 Jung- und Mastschweine festgestellt. Zahl der Viehhalter 138.

* Schwere Strausfrauen wissen noch nicht, daß die Maggischweine für die fertige Verwendung ihrer Erzeugnisse wertvolle Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie schwer verarbeitete Käse, Gabeln, Messer, ferner Sortierten, Tischtücher usw. als Prämiengut gibt. Die Umfaltungen von Maggischweineerzeugnissen, ferner von der 5er Packung der Fleischbrühmittel gelten als Gutscheine. Den anderen Maggischweineerzeugnissen sind Einzelgutscheine beifolgt. Wer sie an die Maggischweine, Berlin W. 35, einschickt, erhält dafür die ausgesetzten Gegenstände nach seiner Wahl. Bei dem täglichen Verbrauch der verschiedenen Maggischweineerzeugnisse ist bald die erforderliche Anzahl Gutscheine beimessen.

Bad Schmiedeberg. (Aus der Stadtverordnetenitzung.) Die Stadtverordneten beschließen eine Senkung der Strom- und Wasserpreise (Licht 48, Kraft 23, Wasser 58 Rfg.), ferner wurde der Beginn der Kurzeit auf den 2. Mai festgelegt, und die Kurkarte sowie die Wädrpreise wesentlich herabgesetzt. Die Verarmung nahm Kenntnis davon, daß der Haushalt im Jahr 1931 bis jetzt eine Mindereinnahme von 395.000 RM bringt, lehnte aber eine Erhöhung der Reallohnern ab. In geheimer Sitzung wurde das Kurhaus bis 1937 an Carl Bönike und die „Schöne Aussicht“ auf 15 Jahre an Paul Rieckner verpachtet. Eine weitere Vorlage „Bürgermeisterwahl“ wurde ebenfalls in geheimer Sitzung verhandelt.

Gräfenhainichen. (Die Anschließungen in der Angelegenheit Wasserleitungsbau außer Verlegung gesetzt.) Zu den Presseberichten vom Juni 1930 über angebliche Unregelmäßigkeiten beim Wasserleitungsbau wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß nach Abschluß der sehr umfangreichen Voruntersuchung auf Antrag der Staatsanwaltschaft von der Strafkammer Außerverfolgung beschlossen worden ist, da sich hinreichender Tatverdacht nicht ergeben hat. — Zur Auslieferung können wir hierzu ergänzend mitteilen, daß vorstehende Angaben, die lediglich eine Anzeige beim Oberstaatsanwalt betreffen, nichts mit dem noch schwebenden

den Schiedsgerichtsverfahren gegenüber der Firma Mühlhaus & Schulze zu tun haben. Der Urteilspruch in dieser Angelegenheit liegt noch aus.

Büden. (Wenn man zerstreut ist.) Eine Söldnerwehr Radfahrer alarmierte gestern nachmittag auf dem Markt Passanten und Polizei mit der Meldung, daß ihr Fahrrad vor einem Geschäft gehohlen worden sei. Wie sich nach längerem Suchen jedoch herausstellte, hatte die aute Frau das Rad vor einem Laden am Paradeplatz, in dem sie vorher gewesen war, in ihrer Zerstreutheit mit einem fremden Damentrad verwechselt.

Der Landeshauptmann spricht.

Reformbedürftigkeit der Gesetzgebungsschicht. Meuselberg. Landeshauptmann Dr. Hübener führte in einem Vortrage u. a. aus: Soweit die heftige und vielfältige Kritik an Parlament und Gesetzgebung berechtigt sei, sei sie in der Hauptsache auf eine veraltete Technik der Gesetzgebung zurückzuführen. Die Massenparteilichkeit und Differenziertheit des Gesetzgebungsstoffes mache die Ausübung durch alle vier Jahre wechselnde Vertrauensmänner unzulässig, die zu allererst als Diktatoren an ihre Statuten traten. Er müsse sich dem Parlament, das nur die Richtung weise und die Kontrolle ausübe, die Gesetzgebungsarbeit aber einer Stelle überlasse, die mit sachlich hochqualifizierten, persönlich unabhängigen, aber absehbaren Beamten besetzt sei. Schon lange gäbe es wichtige Rechtsfälle, nämlich auf den Gebieten Post und Telegraphie, Eisenbahnen, indirekte Steuern und Zölle, die durch Verordnung erlassen seien. Die Gesetzgebende Stelle müsse mit den Resten der Verfassung eng zusammenarbeiten, aber in einheitlichem Arbeitsplan die Fortbildung der ganzen Gesetzgebung im Auge haben.

Wegen eines Waffenlagers ins Gefängnis.

Naumburg. Gegen den Tischlermeister Schneider, bei dem im November ein Waffenlager als beschlagnahmt wurde, wurde durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten mit Einziehung der Waffen und der Munition erkannt.

Magdeburgs Stellung zum Bierpreis.

Nach keine Entschloffen.

Magdeburg. Eine Vertreterkonferenz des Gastwirtsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg wurde nach erregter Debatte beschloffen, von der Regierung zu verlangen, bis zum 11. März die Reichsbiersteuer und die Gemeindebiersteuer um mindestens 12 Mark je Tonne zu senken und die Gemeindebiersteuer zu befristigen bzw. weitgehend zu befristigen. Bei Ablehnung der Forderungen solle der Reichsverband den Boykott allgemein für das ganze Reich erklären.

Uchlung, falsches Silbergeld!

Magdeburg. Das Polizeipräsidium teilt mit: In der letzten Zeit tauchen in der Magdeburger und Zweimühlener Gegend auffallend viele falsche 5 und 2 Markstücke auf. Nach dem Gutachten der Münzdirektion Berlin ist anzunehmen, daß die beiden Münzorten aus einer Werkstatt stammen. Die Falschstücke sind in der Regel am Klang und an dem unebenen Rand zu erkennen, auch sind sie leichter. Personen, die über die Fertigkeit bzw. Vorwissen von Falschgeld Angelegenheiten machen können, werden gegen hohe Belohnung gebeten, der Kriminalpolizei von ihren Beobachtungen Mitteilung zu machen.

Provinziallandtag am 19. April.

Meuselberg. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen ist für den 19. April nach Meuselberg einberufen worden.

Rückgang des Wohnungsbaus in der Provinz Sachsen.

Den Wirtschaftspolitischen Nachrichten des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland e. V., Halle a. d. S., entnehmen wir folgende Ausführungen: Nach den Mitteilungen des Preussischen Statistischen Landesamtes ist der Wohnungsbau in der Provinz Sachsen in den letzten Jahren sehr erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1928 in der Provinz Sachsen noch 15 356 Wohnungen errichtet worden sind, ist die Zahl im Jahre 1930 auf 14 382 und im Jahre 1931 auf nur 10 381 gesunken. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1928 einen Rückgang um 32,4 Prozent. Ursächlich für diesen Rückgang ist einmal ein Sinken der Wohnungsnachfrage, insbesondere in den kleineren Städten und auf dem Lande, vor allem aber die Schwierigkeit der Baukapitalbeschaffung, die naturgemäß infolge der Finanzkrise auf immer größere Schwierigkeiten stößt.

Schwerer Unglücksfall im kaltschicht.

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

Beiderode (Grafschaft Hohenstein). In dem kaltschicht C r a j a bei Beiderode ereignete sich am Freitag vormittag ein schwerer Unglücksfall. Zwei Fahrer wurden von herabfallenden Gesteinsmassen getroffen. Der 55 Jahre alte Bergmann Beate aus Reppenburg erlitt so schwere innere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Bergmann Liebknecht aus B a h a wurde mit schweren Kopfverletzungen in das Beideroder Krankenhaus eingeliefert.

Fünf Jahre Zuchthaus für Straßentraub.

Osternburg. Das Schöffengericht in Stendal verurteilte den Stenleier Albert Hellmut zu hier wegen Straßentraub zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust. Der Angeklagte hatte am 1. Februar auf der Chaussee nach Seehausen und ihr die Axtentaste mit 60 Mark gestohlen. Der Angeklagte, ein bereits 10mal Vorbestrafter, gab an, aus Not gebandelt zu haben.

Verrückter Fahrraddieb.

Weimar. Zu einem Jahr Zuchthaus wurde ein 23jähriger Photograph aus Weimar vom Amtsgericht Erfurt wegen Fahrraddiebstahls im Wiederholungsfall verurteilt. Er hatte sofort nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis aus dem Flur eines Hauses in Erfurt ein Fahrrad entwendet.

Weimar. Der Thüringische Stahlheim, die Deutsche Volkspartei und der Thüringer Landbund haben folgenden Aufruf erlassen:

I h ä n g e r t!

Die Fronten klären sich! Der Thür. Stahlheim, die Deutsche Volkspartei Landesverband Thüringen und der Thür. Landbund haben sich zum Schwerebesten Kampf für die Verantwortungsausübung zusammengeschlossen.

Unser Kandidat als Reichspräsident ist:

Der Frontkämpferführer Duesterberg.

Der Mann, der in Krieg und Frieden uns keinen Waffenspruch nicht für uns, alles für Deutschland bis zum letzten Tage vorgelegt hat; der Mann, der eine charakteristische, den Massen einfließenden zugrunde, an selbständigen Nenn-

gewöhnte, im besten Mannesalter stehende Persönlichkeit ist; der Mann, der weiß, was er will, dessen Sinnen an verantwortungsvollen Stellen in Krieg und Frieden die Gemisheit und Gewehr bieten, daß er sich nicht mit Halbheiten begnügt.

Wir brauchen einen Soldaten, der den Krieg an führender Stelle, einen Politiker, der die heutige Diplomatie, und einen Volkshüter, der die Not auch der Armlisten aus eigener Anschauung kennt.

Wir brauchen Duesterbergs seit 14 Jahren rücksichtslos verfolgte Nationalpolitik; die innere Wiedergeburt des deutschen Volkes, die Erregung der Achtungsfreiheit des deutschen Volkes durch Stärkung der Landwirtschaft und der damit verbundenen Schaffung eines aufnahmefähigen Binnenmarktes, der Befähigung von Handel und Industrie und damit Arbeitsmöglichkeit für die Erwerbslosen bringt. Alles Voraussetzungen für die innere und äußere Befreiung unseres deutschen Vaterlandes.

Der Thüringer Stahlhelm, gez. Schaper-Schönheit, Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Thüringen, gez. v. Gohlbacher, Thüringer Landbund, gez. Baum

Graf Kalkreuth bei den Junglandbündlern.

Wie ist die politische Stellung des Landbundes?

Neudietendorf. Am dritten Führer-Begegnung des Reichslandbundes vom 2.-5. März, der sich an den ersten beiden Tagen mit Fragen der Wirtschaftspolitik und der bäuerlichen Kultur befaßte, sprach am Freitag vormittag der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth. Er gab einen ausführlichen Bericht über die geschäftliche Entwicklung des Bundes der Landwirte und des Reichslandbundes und über seine Stellung zu den wichtigsten wirtschaftlichen und nationalpolitischen Fragen.

Am Laufe seiner Ausführungen befaßte sich Graf Kalkreuth mit den gegenwärtigen Umstellungen im Reichslandbund, die er damit begründete, daß sich der Reichslandbund auch in früheren Zeiten des öfteren im Gegensatz zu anderen

nationalen politischen Parteien befunden habe.

In Schluß seiner Rede betonte er, daß die Aufgabe des Reichslandbundes fest darin bestehe, die nationalen Parteien in den Willen zu beeinflussen, ein für die gesamte deutsche Bevölkerung einschlägig der Landwirtschaft gesundes, nach außen hin hartes Deutschland zu schaffen.

Der Landesleiterverband Rudolfsbad politisch neutral.

Rudolfsbad. Der Vorstand des Schwarburgischen-Rudolfsbadischen Kreisverbandes hat zur Reichspräsidentenwahl eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß es jedem Kameraden freigestellt sei, demjenigen Kandidaten seine Stimme zu geben, den er für den geeignetsten, im vaterländischen Sinne halte.

Handelsminister Dr. Schreier für Hindenburg.

Halberstadt. Der preussische Handelsminister Dr. Schreier sprach am Freitag abend auf einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei über die kommende Reichspräsidentenwahl. Er polemisierte scharf gegen die radikalen Parteien. Niemand, keine Partei, könne heute verprechen, aus dem wirtschaftlichen Chaos herauszuführen zu können. Der Minister setzte sich für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein, da nur Hindenburg die Garantie für Ruhe und Ordnung sei, die die heutige Wirtschaft und überhaupt das deutsche Volk so notwendig brauche.

Vom landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt Wie steht es mit Bedarf und Angebot?

Am Jahre 1930 waren im Bezirk des Landesarbeitsamt Mitteldeutschland (Prov. Sachsen, Thüringen, Anhalt) 32 000 im Jahre 1931 noch 13 000 polnische Wanderarbeiter in der Landwirtschaft tätig. Da dieses Jahr die Einwanderung von Arbeitskräften aus Polen vollständig gelperrt ist, muß der Bedarf der deutschen Landwirtschaft durch Anländer gedeckt werden.

In Mitteldeutschland liegen die Verhältnisse so, daß einzelne Gebiete diesen Bedarf an Arbeitskräften nicht decken

können (z. B. Magdeburger Börde, Altmark), andere Gebiete wieder überfüllig an Landarbeitern haben (Eichsfeld, Rhön).

Durch besondere Maßnahmen wird zwischen den überschüssig- und den Abgabegebieten ein Ausgleich geschaffen. Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland wird bis zum Beginn der Ernte (15. Juli) regelmäßig Zusammenstellungen über Angebot und Nachfrage in Mitteldeutschland herausgeben. Die erste dieser Übersichten über den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland ist bereits erschienen. Danach werden an Arbeitskräften für die Landwirtschaft

| | gejucht: | angeboten: |
|--|----------|------------|
| Feldarbeiterinnen einzeln und in Kolonnen | — | 320 |
| Landwirtschaftliche Dienstmädchen mit u. ohne Weltkenntnis | 16—18 | 25 |
| Burden einzeln u. in Kolonnen | — | 350 |
| Melkburden | — | 10 |
| Ehepaare | — | 3 |

Meldungen von offenen Stellen und Stellenfuchenden nehmen alle Arbeitsämter und ihre Außenstellen entgegen.

Dresden. In der Nacht zum Freitag wurde in der Nähe eines Gasthofes der Polizeihauptwachmeister Schmidt mit einem Messer verletzt aufgefunden. Offenbar liegt ein Verbrechen vor. Die Polizei nimmt an, daß die Tat von Personen verübt worden ist, die in der vergangenen Nacht in der Nähe des Tatortes politische Instruktionen angebracht haben.

Kirchliche Nachrichten.

Rota

Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Passionsandacht im Pfarrhaus.

Dienstag, den 8. März, Bibelfstunde abends 8 Uhr im Bürgerklub Prediger Westermann-Wittenberg. Hierzu wird herzlich eingeladen

Kochen Sie MAGGI'S Suppen
Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld
~ 30 Sorten ~

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Auß- und Brennholz-Verkauf

Forstbetriebsverwaltung Reinharz verkauft am Montag, den 14. März 1932 im Gohlhaus von H. Zahn in Reinharz nachstehende Nutz- und Brennholz öffentlich meistbietend:

- Nutzholz, vormittags von 10 Uhr ab** aus Jagd 19, 20, 28, am Wassergraben, am Rotenmühlweg und Holzlagerlag; 72 Eichen = 102,02 fm, 216 Eichenstiele, 36 Rotbuchen = 47,53 fm, 124 Birken = 39,25 fm, 4 Erlen = 2,25 fm, 1 Pappel = 0,88 fm, 48 Nichten-Nußstangen.
- Brennholz, nachmittags von 1 Uhr ab** aus Jagd 7, 8, 10, 11, 17, 19, 20, 22, 23, 25 und Reiter Gröbzig; 25 Eichen, 26 Eichen, 88 Buchen, 68 Buchen, 14 Birken, 48 Birken, 26 Eichen, 18 Kiefern, 20 Kiefern, 240 Kiefern, 2 m lg, und 65 Kiefern-Stangenhäufen

Reinharz, den 2. März 1932
Der Revierförster gez. Siefertorn

Billige Bücher
z. T. 50 Prozent ermässigt

bei

Richard Arnold, Buchhandlung
Kemberg, Leipziger Straße 64 65 und Markt 3

Junge, hochtragende
Leineküh

verkauft

Richard Teller, Kemberg

Bergamentpapier
empfiehlt Richard Arnold

500 Km.

gegen gute Sicherheit auf kurze Zeit geliehen. Angebote an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten

Frisch eingetroffen
Grüne Heringe

Schellfisch
Fischfilet

Hw. E. Heinicke, Tel. 356

Dienstag früh
frische Seefische

1 Pfd. 25, 2 Pfd. 45 Pfg.
Fischfilet

grüne Heringe
Paul Wierhichte

Prima frisches
Rindfleisch
und frische Flecke
empfiehlt Heinrich Schneider

Schlachte
2 Schweine

und verkaufe Mittwoch von früh 9 Uhr ab prima reine

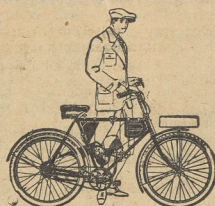
Blut- u. Leberwurst Pfd. 70 Pfg.
Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
Gehacktes Pfd. 70 Pfg.

Reinhold Hennig, Gadiß

Empfehle frisch eingetroffen
Schellfisch, Kaviar
Goldbarsch, Fischfilet

grüne Heringe

Vollbüchlinge, Spotten
Lachsgeringe, Flunders
Fleckerlinge, Schellfisch
Richard Tempelhof, Tel. 256



TORPEDO

Herren- und Damen-
Motor-Fahrräder

mit Zweitakt-Sachs-Motor
— Steuer- und Führerhebelfrei —
Gewicht ca. 33 kg

Torpedo-Fahrräder und
Schreibmaschinen

Weilwerke A.-G.
Frankfurt a. M.
Rödelheim

Morgen Dienstag ab 1/8 8 Uhr
ff. Speckfuchen

Nachmittags von 1/2 2 Uhr
frische Brezeln

Bäckerei Berndt

Morgen Dienstag von 1/2 2 Uhr
ab frühe

**Schaum-, Fasten-,
Mohn- und**

Rümmel-Brezeln
D. Herrmann, Bäckerei

Auto-Reserverad

von Bergwig bis Kemberg
verloren. Gegen gute Belohnung
abzugeben in der Geschäftsst. d. Ztg.

Effla-

Zigarettenpapier

Katro-

Zigarettenwickler
wieder eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg

20 Pfd. gute gefüllene
Gänsefedern

tauft
Frau Minna Becker
Löpferstraße 4

20 Meter starkes
Erlen-Holz

Meter 450 M.

verkauft
Wesern, Gadiß

M.-T.-V.

Zum Städtetampfl am
Sonntag, den 13. März, in
Stahfurt, fährt ein Postauto. Ab-
fahrt früh 1/10 Uhr. Wer an der
Fahrt teilnehmen möchte, muß sich
bis morgen, Dienstag abend, beim
Oberturnwart gemeldet haben.

Der Vorstand
Vaterländ. Frauenverein

Mittwoch den 9. März im
Bürgeraal

Bersammlung
mit Vortrag

Frau Archidiatonus Schulze

Krieger-Berein
Dienstag, abends 1/2 9 Uhr
im "Hotel Palmbaum"

Bersammlung
Der Vorstand.

Konfirmationskarten

in größter Auswahl und zu billigen Preisen

erhältlich bei

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 10 Pfg., die 2spaltige 8 Pfg., für Raum/zeile von 10 Zeilen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unentgeltlich gelieferten oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Gratifikation genommen. Beilagengebühr: 10 — Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 29

Dienstag, den 8. März 1932

34. Jahrg.

Steuer-Bekanntmachung.

Nachstehende Steuern für den Monat März sind bis zum 15. d. Mts an die Stadtkassentafel zu zahlen: die Staatsgrundvermögenssteuer, der Gemeindezuschlag hierzu, der staatliche Zuschlag und die Hauszinssteuer.

Kernberg, den 7. März 1932.

Der Magistrat.

Betr.: Vorjahrumlage für das Jahr 1932.

Die Heberolle der landwirtschaftlichen Berufsgegenstände für die Provinz Sachsen mit Berechnung der Beitragszuschüsse für 1932 liegt vom 8. März 1932 bis 22. März 1932 zur Einsicht der Beteiligten in der Stadtkämmerei aus.

Einsprüche gegen die Beitragspflicht können innerhalb eines Monats nach Ablauf der Auslegungfrist angebracht werden.

Kernberg, den 7. März 1932.

Der Magistrat.

Die Hilfe für Oesterreich.

Deutschlands Vorschläge. — Der größere Absatzmarkt. Frankreichs Donauplan.

Deutschland hat als erster Staat auf den Hilferuf geantwortet, mit dem sich Bundeskanzler Brügel vor fast vier Wochen an die Behörden der europäischen Großmächte und der Nachbarländer wandte. Was man von den anderen Großmächten, vor allem von Frankreich gehört hat, sind bis jetzt ungenügende, in ihrer Durchführbarkeit ganz ungeklärte Projekte, bei denen es sich weniger um eine wirtschaftliche Hilfe für Oesterreich als um politische Maßnahmen handelt.

an den gleichen Produkten leidet, ist schwer zu erkennen. Es ist bezeichnend, daß die tschechische Agrarpartei, die wichtigste Regierungspartei der Tschechoslowakei, sich mit Entschiedenheit gegen solche Pläne wehrt, weil sie davon eine Schädigung der ohnehin notleidenden tschechischen Landwirtschaft befürchtet. Auch in der österreichischen Wirtschaft wird man von dem französischen Projekt aus den gleichen Gründen nicht begeistert sein. Sprechen also wirtschaftliche Gründe gegen den französischen Plan, so kann er nur aus der politischen Erwägung entspringen sein, daß eine wirtschaftliche Konföderation der Donauländer Oesterreich allmählich von der Linie der Zusammenarbeit mit Deutschland abziehen, seine Wirtschaft gegenüber den nationalen Wirtschaften der anderen Nachbarstaaten weiter schwächen und den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands in Südosteuropa einschränken soll.

Aber ein solches unerschöpfliches Projekt läßt sich nur verwirklichen, wenn man fremde Geldmittel zur Verfügung stellt. Frankreich hat seine Finanzkraft immer wieder zur Verwirklichung politischer Pläne benutzt, und auch in diesem Falle scheint der Gedanke eine Rolle zu spielen, daß man die widerstrebenden österreichischen Nachbarstaaten vielleicht zu einem Zusammenschluß bewegen könnte, wenn man ihnen Kredite in Aussicht stellt. Ist dieser Gedankengang vom Standpunkt der bisherigen französischen Politik aus vielleicht zu verstehen, so bleibt es unerklärlich, daß sich neuerdings auch England für den Plan der wirtschaftlichen Donauföderation einzusetzen scheint. Der französische Vorschlag macht weder Oesterreich noch die anderen Nachbarstaaten wirtschaftlich unabhängig, er würde sie im Gegenteil gerade unter die Abhängigkeit des ausländischen, d. h. in diesem Fall des französischen Kredits bringen. Projekte, die nur mit Hilfe fremder Kredite und fremder Zuschüsse durchzuführen sind, können aber keine Dauer haben, sondern sie bringen nach den zahlreichen Beispielen, mit denen man vorgebildet an Oesterreich herumexperimentiert hat, ein neues Krisisjahr. Der Weg zur Stärkung der österreichischen Wirtschaftslage geht über den Währungs- und den Währungsbund, und der Währungsbund wird die geeignete Stelle sein, an der man diese Argumente gegen die unwirtschaftlichen französischen Machtpläne und für die deutschen Lösungsvorschläge diskutieren kann.

Groener an Hitler.

Die Antwort auf den Brief an Hindenburg.

Berlin, 6. März.

Reichsminister Dr. Groener hat an den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, folgenden offenen Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Hitler! Sie haben am Sonntag, den 28. Februar 1932, Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände des Adressaten gelangt ist.

Mordanschlag in Moskau.

Auf den Votchsaksrat bei der Deutschen Votchsak in Moskau, um Zwardowski, wurde ein Anschlag verübt. Zwardowski wurde durch einen Streifschuß am Hals und durch einen Stechschuß an der Hand verletzt. Im ganzen wurden auf den Votchsaksrat vier Schüsse abgegeben. Sein Befinden ist den Umständen nach befriedigend. Bei dem Täter handelt es sich offenbar um einen sowjetrussischen Staatsangehörigen. Er wurde verhaftet. Die Beweggründe für die Tat konnten noch nicht festgestellt werden. Der Anschlag wurde auf der Straße verübt. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow sprach dem deutschen Votchsaksrat von Dirksen sein Bedauern aus und sicherte strenge und schnellste Untersuchung zu. Weiterhin hat der russische Votchsaksrat in Berlin, Chinsch, dem Staatssekretär von Bülow gleichfalls das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht.

nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung ihrer politischen Ziele.

um damit die erste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.

Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, daß der Wahlkampf auch gegen Ihre Person eiterlich geführt werde. Ich äußere deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgelegten Beileidung der österreichischen Behörden in Verbindung mit der Behauptung, Sie seien österreichischer Herkunft gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Ich stelle auch mit Befriedigung fest, daß der Abgeordnete Dr. Groebels in einem an mich gerichteten Briefe von der Wichtigkeit einer Beileidigung des Herrn Reichspräsidenten durch seine Neuerung im Reichstag weit abgerückt ist.

Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagsdebatte nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe. Ich bedauere, daß Dr. Groebels nicht die erste Gelegenheit dazu benutzt hat, aus freiem Antrieb eine Erklärung abzugeben, die unter dem Ausdruck des Bedauerns seine Worte zurücknimmt, und die mich der Pflicht zu meiner Erklärung im Reichstag entheben hätte.

Abgesehen von diesem Einzelfall muß ich doch feststellen, daß in der von Ihnen betriebenen Propaganda die unangenehme Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg immer wieder durch eine völlig einseitige Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabgezogen verurteilt wird. Ich will den Fall nicht öffentlich aufgreifen, der für sich selbst Belegnahme einer von Ihnen herausgegebenen illustrierten Zeitschrift führen mußte. Aber ich bin es dem Herrn, der mit seiner Kandidatur ein Herrschertum des persönlichen Opfer gebracht hat, indwieweil die Wahrheit festzuhalten: Hindenburg ist nicht „der Kandidat der Geisteslosen“, ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen Volksgenossen in anderen Ländern.

Es widerspricht den Gepflogenheiten deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der politischen Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweils ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird. Aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich schärend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.

Stadtrandfiedlung abgelehnt.

Großzügige Umfiedlung nach dem Offem gefordert.

Düffeldorf, 6. März.

Der Langnam-Berein (Berein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen) hat auf Grund eines Beschlusses seines bawirtschaftlichen Ausschusses eine Eingabe an den Reichsanwalt gerichtet, in der auf die gegenwärtigen und zukünftigen beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Aufgaben besonders im Industriegebiet hingewiesen wird, denen mit den üblichen Maßnahmen nicht mehr beizukommen sei.

Die vorgenannte Stadtrandfiedlung wird als unwirtschaftliche Forderung bezeichnet, die überdies als auf weite Sicht recht bedenklich angesehen werden müsse, da damit zu rechnen sei, daß ein großer Teil der heute Arbeitelosen von der heimischwirtschaftlichen Wirtschaft überhaupt nicht



ausfüllen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unbedeutend erscheinenden Befürchtungen zu wehren.